

5.10 Parteidifferenz

Zur Analyse des parteipolitischen Einflusses auf die Geburtenrate wird der Schmidt-Index verwendet, der die Regierungsbeteiligung der Parteien in einem fünfstufigen Links-Rechts-Schema klassifiziert, wobei Eins für eine Hegemonie der bürgerlichen Parteien und Fünf für eine sozialdemokratische steht (Schmidt 1980, 1982, 2009). Da eine parteipolitische Wirkung auf die TFR nur vermittelt über Gesetzgebung sowie Implementierung familienpolitischer Maßnahmen wirkt und auch die generative Reaktion nur bei einer gewissen familienpolitischen Kontinuität realistisch ist, ist ein parteipolitischer Einfluss durch die Regierungsbeeinflussung einer Partei erst über mehrere Jahre zu erwarten. Aus diesem Grund wird die Variable zuerst im 10-Jahres-Durchschnitt mit der TFR des Folgejahres und in einer weiteren Analyse der langfristige Durchschnitt der Jahre 1970-2005 bezogen auf die TFR von 2006 verglichen.²⁶⁰

Der Zusammenhang zwischen Parteidärfübung der Regierung und Geburtenrate ist für 1970²⁶¹ negativ ($r = -0,41$, siehe Abb. A-22).²⁶² Dieser knapp signifikante Parteidifferenzeffekt widerspricht der Hypothese H-10a und lässt sich so interpretieren, dass Linksparteien-Regierungen einen „liberalen Standpunkt in der Familienpolitik“ (Schmidt 1993a:65) einnehmen, wodurch die Diffusion des Zweiten Geburtenrückgangs erleichtert wird. Im weiteren Verlauf des Zweiten Geburtenrückgangs ist die parteipolitische Färbung der Regierung im Vorjahrzehnt ohne statistisch signifikanten Zusammenhang mit der TFR. Das Vorzeichen bleibt dabei bis Anfang der 1990er Jahre negativ und danach positiv, der Koeffizient beträgt 2006 0,07 (siehe Abb. A-23).

Wenn man die langfristige parteipolitische Regierungswirkung – im Folgenden durch den durchschnittlichen Schmidt-Index-Wert während des Zweiten Geburtenrückgangs von 1970-2005 operationalisiert – mit der TFR von 2006 vergleicht, gibt es einen insignifikanten positiven Zusammenhang von $r = 0,15$. Dieser hat bei Ausklammerung der beiden ostasiatischen Staaten sogar ein negatives Vorzeichen (siehe Abb. 5-23). Die Nullbefunde für den Parteidifferenzfaktor für die Akkomodationsphase, unabhängig ob man ein Jahrzehnt oder knapp vier Jahrzehnte der Regierungszeit berücksichtigt, widersprechen der Hypothese H-10b. Die Parteidärfübung hat der bivariaten Betrachtung nach keinen Einfluss auf die familienpolitische Anpassung an den Geburtenrückgang. Die Parteidiffe-

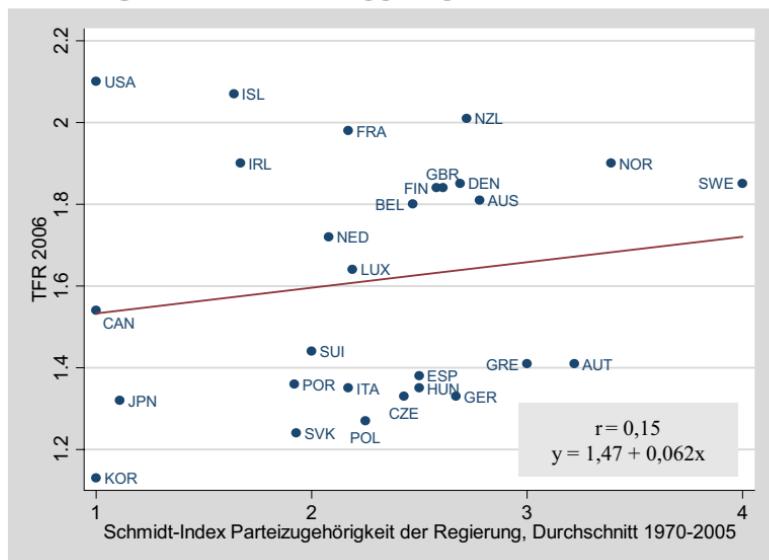
260 In Deutschland, USA und Schweiz ist neben der Parteidifferenz in nationalen Regierungen auch die in föderalen Ländern zu beachten (vgl. Schmidt et al. 2006, Wolf 2006).

261 Hier wird der Durchschnittswert des Schmidt-Index der Jahre 1960-1969 mit der TFR von 1970 verglichen.

262 Die Berechnung bezieht sich in den 1970er und 1980er Jahren auf 23 Staaten, die vier kommunistischen Osteuropas sowie Südkorea sind ausgeklammert. Danach bezieht sich die Analyse auf alle 28 OECD-Staaten.

renzthese lässt sich jedoch hinsichtlich der Familienpolitik in den deutschen Bundesländern für die 1980er Jahre (Schuster 1997:176ff) und hinsichtlich der Frauenerwerbstätigkeit im OECD-Vergleich (Schmidt 1993) bestätigen. Eine Erklärung für den geringen Parteieffekt könnte sein, dass die Konfessionsstruktur und das pronatalistische Politikerbe die Familienpolitik und dessen Effekt auf die Fertilität überwiegend determinieren (vgl. ibid.:66).

Abbildung 5-23: Zusammenhang parteipolitische Tradition und TFR 2006



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von OECD 2008a, Schmidt 2009.

5.11 Alterssicherung

Während des Transitionellen Geburtenrückgangs war der Einfluss der Alterssicherung auf die Geburtenrate zweifellos bedeutend. Bereits zu Beginn des Zweiten Geburtenrückgangs waren die Alterssicherungssysteme jedoch in den meisten Industrieländern derartig ausgebaut, dass Alterssicherung keinen zentralen Anreiz für die Zeugung von Nachkommen mehr darstellt (vgl. Kaufmann 1990, Nauck 1992, Rürup & Schmidt 2003, Sinn 2003, Strohmeier 1988). Allerdings sind die Rentenausgaben eine zentrale sozialpolitische Säule, die nicht nur die sozialpolitische Generosität aufzeigt, sondern potenziell auch in erheblicher Konkurrenz zu anderen Ausgaben wie den familienpolitischen steht. Aus diesem Grund wird der Faktor Alterssicherung analysiert und durch den öffentlichen Rentenausbabanteil am Sozialprodukt und durch einen Generationenkoeffizienten operationalisiert (OECD 2009c, vgl. Kaufmann 1990:154, 2002:445).